

EU... vor dem Zusammenbruch

„Am Wochenende erlitten die Regierungsparteien in Spanien wie auch in Deutschland bei Regionalwahlen herbe Verluste. Zudem verstärkte sich die Kakophonie zwischen Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds, Kommission und mächtigen Investoren. Das alles verstärkt die Fliehkräfte in der ohnehin heterogenen Währungsunion. ... Vor allem angelsächsische Investoren halten ... sogar ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone für möglich.“ (Die Welt, 24. 5. 2011)

Die EU steht vor dem Zusammenbruch; alle Maßnahmen, die die Troika aus IWF, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank gemeinsam mit den Regierungen zur „Stabilisierung der Euro-Zone“ ergreifen, treiben die Krise immer noch schärfer voran.

Zerrissen von den „Fliehkräften“ finden sie eine Einheit nur noch in ihrem gemeinsamen Willen, die Völker, die Arbeitnehmer, im Interesse des Finanzkapitals mit immer brutaleren Sparprogrammen bis aufs Blut auszuquetschen – auf der Linie, die vor allem Bundeskanzlerin Merkel mit ihrem Vorstoß für den „Wettbewerbspakt für den Euro“ vorgegeben hat.

Angesichts der Erhebungen, die Griechenland und Spanien – wie auch schon Portugal – erschüttern, mehren sich in der bürgerlichen Presse Warnungen wie diese: „Doch diese Strategie (...) birgt am Ende das größte aller systemischen Risiken: den Aufstand der Bürger gegen die Europäische Währungsunion“, (Kommentar im Handelsblatt vom 12. Mai 2011)

Die Angst vor dem Zusammenbruch geht um unter den Herrschenden. Zu ihr paart sich die Angst vor der „Wut der Völker“.

Diese Furcht und der Hass treiben Merkel, konfrontiert mit den zunehmenden Kämpfen, Demonstrationen und Streiks und den verheerenden Wahlniederlagen, zu einer derart plump-verlogenen demagogischen Hetzkampagne:

„Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig“. Und es könne auch nicht sein, dass die Griechen, Portugiesen und Spanier früher in Rente gehen als die Deutschen. Wer deutsche Hilfe in Anspruch nehmen will, muss sich im Gegenzug „anstrengen“.

Aus ihren eigenen Reihen sehen sich Stimmen genötigt, ihr die Tatsachen entgegenzuhalten, was ihrer Hetzkampagne viel Luft nimmt.

Die Arbeitnehmer in Deutschland wissen, dass die Milliarden des Rettungsfonds nicht für die Völker bestimmt sind, dass die Arbeitnehmer in Spanien, Portugal oder Griechenland genauso wie sie selbst bluten sollen für diese Milliarden zur Rettung der Banken, für die Spekulanten.

Merkels Demagogie soll es den Führungen von SPD und Gewerkschaften erleichtern, unter dem Deckmantel dieses Lügengewebes

ihre Zustimmung zu den erneuten Milliarden zur Rettung der Finanzspekulation und zu verschärften Spardiktaten heute gegen Portugal, Griechenland und Spanien und...heute und noch mehr morgen gegen die deutsche Bevölkerung zu rechtfertigen.

Steinmeier, SPD-Fraktionsvorsitzender, hat die Zustimmung der SPD im Bundestag erklärt: „Wie sind für europäische Solidarität und wir sind für die Hilfen für Portugal samt dem Paket“ (!). Er rechtfertigt noch die Verlogenheit der SPD-Führung mit der Warnung, dass die „Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit für diese europäische Politik in Gefahr ist, wenn wir den Eindruck erwecken, dass die Nutznießer dieser Solidarität nicht die Staaten sind, sondern Finanzanleger und Banken“.

Unabhängig vom Wahlausgang und welche Parteien die Regierung stellen werden, die Regierung muss das Spardiktat der Troika umsetzen. (s. Seite 10 in dieser Ausgabe). Damit ist jede Souveränität der Nation und Republik Portugal ausgelöscht.

Der Bundestagantrag zur Unterstützung der „Finanzhilfen und des Krisenpakets für die Portugiesische Republik“ bekräftigt dieses Vorgehen, um dann auf dem Gipfel des Zynismus zu formulieren: „Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, dass (...) die nationale Souveränität der Portugiesischen Republik gewahrt wurde.“

Die neue und größte Schande aber lädt der SPD-Agenda-Politiker Steinmeier auf sich, der mit der Zustimmung der SPD-Fraktionsführung zu diesem Antrag seinen demokratiaverachtenden Segen dazu gibt, dass die nationale und Volkssouveränität der Portugiesischen Republik unter dem Stiefel der Troika zertreten wird.

Dringlichkeitskonferenz der europäischen Arbeitnehmer am 18./19. Juni in Lissabon

Das portugiesische Komitee für ein Entlassungsverbot, das von Kräften verschiedener Tendenzen der Arbeiterbewegung gebildet wurde, wendet sich in dieser „äußerst ernstesten Situation, die die portugiesische Nation und Arbeitnehmer durchleben“, mit einem dringenden Aufruf an die Arbeitnehmer und Völker Europas:

„Das portugiesische Volk, die portugiesischen Arbeitnehmer, können und werden keinesfalls diese zerstörerischen Pläne akzeptieren, die Portugal als souveräne Nation ausschalten würden! (...) Niemand soll behaupten, dass wir uns nicht retten können, dass wir mit unserem Land isoliert seien.“

Denn „wenn das portugiesische Volk sich heute erneut erhebt, wird es die Arbeitnehmer und Völker Europas an seiner Seite haben, um die Diktatur des Finanzkapitals und seiner Vertreter – der Institutionen der Europäischen Union und des IWF – zurückzuschlagen, um den Weg

zu ebnen zum freien Bund der souveränen Nationen Europas, die von Ausbeutung und Unterdrückung befreit sind.“

„Um über gemeinsame Aktionen diskutieren und entscheiden zu können“, lädt das Komitee ein zu einer Dringlichkeitskonferenz der europäischen Arbeitnehmer am 18./19. Juni in Lissabon.

Der Widerstand der portugiesischen Arbeitnehmer und Gewerkschafter stützt sich auf die Weigerung des Gewerkschaftsbundes CGTP, den Plan der „Troika“ zu unterzeichnen. Sie kämpfen dafür, dass der CGTP weitergeht im Kampf für die Organisierung der vereinten Widerstandsfront der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen für die „Rücknahme dieses Plans“.

In diesem Sinne greifen die Kandidaten der Wahllisten der POUS in der Vorbereitung der Neuwahlen am 5. Juni für Vollversammlungen der Arbeitnehmer aller Bereiche ein, damit diese über die Ablehnung der arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen, für „die Rücknahme des Plans der »Troika«“, entscheiden können.

Die weiter erhöhte Staatsverschuldung in Folge der neuen Milliarden für die Banken erzwingt – aus Sicht der Regierung – auch für Deutschland eine neue Welle des Schuldenabbaus, d.h. weiterer drastischer Sparmaßnahmen.

Dazu gehört die Auflage der Regierung Merkel an die vier Bundesländer, die den Haushaltsnotstand erklären mussten, darunter Berlin, sich einem strikten „Sanierungsprogramm“ und der Einhaltung der „Schuldenbremse“ zu unterwerfen. Das aber heißt für sie, „es gibt keine Alternative zur Verschärfung des knallharten Sparkurses“ – nachdem der SPD/Linken-Senat Berlin schon seit fast 10 Jahren sein zynisches „Sparen bis es quietscht“ verordnet hat.

Kollegen kämpfen in ihren Organisationen dafür, dass sie den gewerkschaftlichen Kampf für die Verteidigung und Erfüllung der Forderungen der Arbeitnehmer organisieren.

Sozialdemokraten, Gewerkschafter und politisch Engagierte kämpfen für eine Kandidatur von Sozialdemokraten in den kommenden Landtagswahlen, die sich auf das Mandat der Forderungen und sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung und Jugend verpflichten:

Weg mit der Schuldenbremse! Nein zum Spardiktat! Streichung der Schulden und Schuldzinsen, die in Folge der Milliarden an die Banken und Spekulanten explodiert sind – es sind nicht die Schulden des Volkes!

Kollegen aus diesem Kampf antworten dem Aufruf der portugiesischen Kollegen und werden an der Seite von Arbeitnehmerdelegierten aus ganz Europa an der Konferenz in Lissabon teilnehmen, um über gemeinsame weitere Initiativen zu diskutieren.

Carla Boulboullé